

Istanbul: Wieder Gewalt gegen Demonstranten



Wie schwer sich der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan mit der Demokratie tut, konnte man schon im Vorjahr bei den Protesten gegen die Rodung hunderter Bäume im Istanbuler Gezi-Park sehen (PI berichtete). Die neuesten Bilder von Demonstrationen in Istanbul gleichen jenen von damals. Die schwarze Staatsmiliz geht erneut hart mit Wasserwerfern und Gummigeschoßen gegen die Demonstranten vor. Tausende Menschen hatten gegen die von Erdogan verfügte drastische Verschärfung der Internetgesetze protestiert.

(Von L.S.Gabriel)

In der Nacht auf Donnerstag nahm das Parlament einen Gesetzentwurf der islamisch-konservativen Regierung an, der unter anderem erlaubt, Internetseiten ohne richterlichen Beschluss zu sperren. Den Behörden wird das Recht eingeräumt, Nutzerdaten vom Provider zu verlangen, das Surfverhalten von

Internetnutzern aufzuzeichnen und zwei Jahre lang zu speichern.

Und wie überall, wenn etwas gegen die Interessen von Bürgern beschlossen wird, wurde auch da mit einem großen Nutzen für die Verbraucher argumentiert: die Maßnahme wurde mit dem Schutz der Persönlichkeitsrechte im Internet begründet. Die Regierungspartei AKP wies darauf hin, das Gesetz diene dem Schutz von Familien, Kindern und Jugendlichen vor Inhalten, „die Drogenkonsum, sexuellen Missbrauch und Selbstmord beförderten“.

Die Opposition sieht darin jedoch eindeutig Zensur und Staatswillkür und warf der Regierung Faschismus vor, wenn der Staat die Macht hätte, über die Verbreitung von Inhalten des Internets zu entscheiden. Die persönlichen Freiheiten und Bürgerrechte würden immer weiter eingeschränkt.

Die EU hatte sich wegen dieses Gesetzes ebenso besorgt gezeigt wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Die Welt berichtet:

Die EU-Kommission hat das vom türkischen Parlament gebilligte Gesetz zur Kontrolle des Internets scharf kritisiert. „Dieses Gesetz ruft hier ernsthafte Besorgnis hervor“, sagte der Sprecher von EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle am Donnerstag in Brüssel. „In seiner jetzigen Form führt das Gesetz mehrere Einschränkungen für die Meinungsfreiheit ein.“ Als Kandidat für einen EU-Beitritt müsse die Türkei das Gesetz ändern und europäischen Standards anpassen.

Dabei können schon jetzt in der Türkei Internetseiten relativ einfach blockiert werden, bisher allerdings nur mit richterlichem Beschluss. Die Internetplattform Youtube war beispielsweise von 2008 – 2010 gesperrt gewesen, auch WordPress war davon bereits betroffen gewesen.

Mit dem neuen Gesetz allerdings geht es nun vermutlich schon bald Twitter an den Kragen. Bei den Demonstrationen im Vorjahr hatten sich die Menschen hauptsächlich über den Kurznachrichtendienst verständigt. Erdogan bezeichnete Twitter daraufhin als „Unruhestifter“.

Auch diesmal werden diese Medien wohl wieder eine große Rolle in der Organisation der Proteste spielen. Und genauso wie es bei den Gezi-Park-Demonstrationen schon bald nicht mehr nur um die Bäume ging, so ist es auch jetzt. Die Demonstranten fordern in Sprechchören den Rücktritt Erdogans und das nicht nur wegen seiner dreisten Lügen.

N24 berichtet:

Erdogan sagte am Samstag nach Angaben der Nachrichtenagentur Anadolu: „Mit diesem Gesetz wird das Internet auf gar keinen Fall zensiert.“ Stattdessen werde das Netz „sicherer“ und „freier“.

Bei der Kundgebung am Samstagabend waren zahlreiche Krankenwagen im Einsatz. Demonstranten errichteten Barrikaden unter anderem auf einer Straße zwischen zwei Krankenhäusern, woraufhin die Polizei auch dort Tränengas einsetzte. Ein örtlicher Pressefotograf wurde bei den Zusammenstößen verletzt. Lokale Medien berichteten von Festnahmen.

Auch wegen der Verfolgung von Journalisten und Internetaktivisten geriet der türkische Despot in letzter Zeit international verstärkt unter Druck. Nicht nur die EU warnte die Türkei davor, Reformen der vergangenen Jahre wieder zunichte zu machen. Es wird immer offensichtlicher: Erdogan treibt den Demokratieabbau voran und verwandelt die Türkei zusehens von einem freien laizistischen Staat in eine islamische Diktatur.

Hier ein Video der Proteste: